



BÜRGERGEMEINSCHAFT FÜR SOLINGEN E.V.

# Politischer Leitfaden BfS 2014 - 2019

---

# Politischer Leitfaden der Bürgergemeinschaft für Solingen e.V.

## Inhalt

- Die Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS) S. 2
- Daseinsvorsorge in Solingen S. 3
- Städtische Beteiligungen S. 3
- Soziales Solingen S. 4
- Sport in Solingen S. 4
- Schule & Bildung S. 5
- Bezirksvertretungen S. 7
- Kinder & Jugendliche S. 7
- Familien in Solingen S. 8
- Finanzen unserer Stadt S. 9
- Wirtschaft & Arbeit in Solingen S. 10
- Kommunen an die Macht S. 10
- Kulturgestaltung in Solingen S. 10
- Umwelt & Energieerzeugung S. 11
- Stadtplanung & Verkehr S. 11
- Tourismus in Solingen S. 12
- Solinger für Solingen S. 12

## Politischer Leitfaden der Bürgergemeinschaft für Solingen e.V.

### Bürgergemeinschaft für Solingen Bürgernahe Politik aus der Mitte der Bevölkerung – weil wir Solingen I(i)eben!

Solinger Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in der „Bürgergemeinschaft für Solingen“ BfS seit ihrer Gründung im Jahr 1999 für „ihre“ Stadt und deren Bewohner. Dabei folgen sie stets dem Leitspruch „... **weil wir Solingen I(i)eben!**“

Die BfS ist die erste und älteste Gemeinschaft freier Wähler in Solingen und orientiert sich in ihrer Arbeit ausschließlich am Grundsatz

#### **„Nur für Solingen und nur in Solingen“**

Die BfS zeichnet sich aus durch:

- **Bürgernähe** – wir setzen uns für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in Solingen ein
- **Unabhängigkeit** – wir stehen auf keinen Gehaltslisten von Lobby-Gruppen
- **Sachbezogenheit** – für uns steht die Lösung von Aufgaben und keine Partei-Ideologie im Mittelpunkt

Diese Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der BfS schließt eine Fremdbestimmung etwa durch Landes- oder Bundesvereinigungen oder -verbände aus. Ihre politischen Ziele und ihr politisches Handeln sind daher ausschließlich auf kommunaler Ebene angesiedelt. Die Mitglieder sind ausschließlich ihrem Gewissen unterworfen, Fraktionszwang gibt es in der BfS nicht.

Absolute Bürgerorientierung und Bürgernähe sind wichtig für die BfS. Wir wollen in Solingen den Wandel zu einer Politik erreichen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine parteiübergreifende und sachorientierte Politik aus der Mitte der Bevölkerung, wie die BfS sie realisiert, misst den Wünschen, Bedürfnissen und Nöten der Solinger Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Bedeutung bei und lehnt jede Form von Radikalismus ab.

#### **„Wir tragen Ihre Wünsche ins Rathaus!“**

ist dabei für die Mitglieder der BfS ein Leitsatz und keine leere Floskel.

Bürgernähe realisiert die BfS durch viele Instrumentarien: das „Bürgertelefon für Solingen“, die regelmäßig in den einzelnen Stadtteilen stattfindenden „Bürgerwerkstätten“ und offene Fraktionssitzungen sind hier nur einige Möglichkeiten, eben nicht am Bürger „vorbeizuregieren“ oder eine „Politik von oben herab“ zu betreiben.

Zusätzlich versucht die BfS jederzeit, unbürokratische Hilfe zu leisten oder bei offenen Fragen der Bürgerinnen und Bürger Recherchen anzustellen. Bei unklaren Sachverhalten bieten wir Ihnen gern unsere Hilfe an und unterstützen Sie dabei, offene Fragen zu klären.

Den vorliegenden Leitfaden versteht die BfS als Richtschnur für ihr politisches Handeln in der Zeit von 2014 bis 2019; auf aktuelle Entwicklungen reagieren wir spontan. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Großstadt wie Solingen für ihre Bewohner lebens- und liebenswert bleibt. Das politische Handeln folgt hierbei immer dem Leitsatz der BfS

**„... weil wir Solingen l(i)eben!“**

**Die BfS ist eine Gemeinschaft, die allen engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen steht, die sich aktiv für die Belange ihrer Stadt engagieren möchten. Wir laden Sie herzlich ein, die BfS etwa bei einer unserer Fraktionssitzungen oder bei unseren sonstigen Veranstaltungen zu besuchen und unsere Arbeit kennenzulernen.**

### **Daseinsvorsorge in Solingen**

Kernaufgabe der Stadt Solingen ist die Daseinsvorsorge.

Die BfS setzt sich für eine effiziente und moderne Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ein.

Die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Wasser muss in öffentlicher Hand bleiben und darf nicht zum Objekt von Spekulanten werden. Wasser ist ein lebenswichtiger und notwendiger Grundstoff des alltäglichen Lebens.

Die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung war und bleibt unser Ziel, das wir weiterhin verfolgen. Das Konzept einer Energiegenossenschaft bei den Solinger Stadtwerken, deren Gründung im Rat beschlossen wurde, ist maßgeblich auf unsere politische Einflussnahme in Solingen zurückzuführen.

Der Zugang zum breitbandigen Internet gehört zum Bereich der Daseinsvorsorge. Durch Glasfaser-Ausbau muss mittelfristig allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu mindestens 50 Mbit/s ohne Geschwindigkeitsdrosselung zugesichert werden. Die BfS fordert kostenfreies W-LAN in Solingens öffentlichen Bereichen.

### **Städtische Beteiligungen**

Städtische Beteiligungen sollen ihren jeweiligen kommunalen Versorgungsauftrag erfüllen. Dies gilt sowohl für das Städtische Klinikum, die Städtischen Altenzentren, wie auch für die Stadtwerke, das Kunstmuseum, die Volkshochschule, die Technischen Betriebe (vormalige Entsorgungsbetriebe) und alle anderen Beteiligungen gleichermaßen. Sie dienen somit den Bürgerinnen und Bürgern.

Um diesen jeweiligen kommunalen Versorgungsauftrag erfüllen zu können, bedarf es motiviertem Personals und einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie wirtschaftlicher Stärke. Der Bestand der städtischen Beteiligungen in Personalausstattung und Infrastruktur hat Vorrang vor Renditezielen. Hierbei muss der jeweilige Beitrag der Städtischen Beteiligungen für den Haushalt der Stadt Solingen weiter im Blick gehalten werden.

Die BfS setzt sich für die Erfüllung der jeweiligen kommunalen Versorgungsaufträge durch Städtische Beteiligungen in kommunaler Trägerschaft ein. Sie sorgen für sichere Arbeitsplätze in guter Infrastruktur bei angemessenen wirtschaftlichen Ergebnissen.

### **Soziales Solingen**

Die Sozialpolitik der BfS gründet sich auf die Grundgedanken von sozialer Gerechtigkeit, Gleichbehandlung der Generationen und Chancengleichheit.

Der zunehmenden (Kinder-)Armut muss entgegen gewirkt werden. Eine Ursache ist die Eltern-Armut durch Einkommenslosigkeit bzw. durch zu geringes Einkommen. Auch hier gilt es anzusetzen.

Angebote, die Hilfe zur Selbsthilfe für Bedürftige ermöglichen, soll die Stadt Solingen offerieren. Auch Unterhaltungs- und Bildungsangebote, Wohnraum, sowie sportliche und kulturelle Angebote der Stadt Solingen müssen für einkommensschwache Menschen bezahlbar sein und bleiben!

Außerdem spricht sich die BfS gegen eine Privatisierung der städtischen Altenheime aus, diese sollen im städtischen Besitz verbleiben. Hilfsbedürftige Menschen dürfen nicht hinter Gewinnmaximierung stehen.

Die BfS befürwortet nach wie vor das Konzept des Solingen-Passes, der Vergünstigungen insbesondere bei der Inanspruchnahme städtischer Einrichtungen für einkommensschwache Personen und Familien beinhaltet.

Die BfS unterstützt in allen Bereichen die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion. Inklusion ist Ziel in allen Bereichen unserer Stadt. Dies gilt für Menschen mit Behinderungen, Schüler mit geistigen und körperlichen Behinderungen und sozial-emotionalen Problemen, ältere und jüngere Menschen und sozial benachteiligte Menschen. Hierbei ist festzuhalten, dass Inklusion kein Mittel zur Einsparungen im städtischen Haushalt ist. Vielmehr ist es Auftrag in allen Entscheidungen in Solingen, Ausgrenzungen abzubauen und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen.

### **Sport in Solingen**

Ein wohnortnaher Zugang zu Sportangeboten für alle Solingerinnen und Solinger ist unerlässlich, unabhängig vom Einkommen oder persönlichen Umständen. Sport bedeutet ein großes Stück Lebensqualität, fördert soziale Kontakte und ist besonders auch für die Gesundheit unserer Kinder eine wichtige Komponente.

Bei vielen Bewegungsangeboten sind im Zuge der Einsparungen die Preise und Gebühren erhöht und die Zuschüsse gesenkt bzw. ganz eingestellt worden (Bsp. Spiel- und Bolzplätze, Erhöhung der Eintrittspreise der Hallenbäder, Erhöhung der Hallennutzungsgebühr etc.). Diese Entwicklung darf sich nicht weiter fortsetzen, der Zugang zu den verbliebenen Einrichtungen darf nicht noch zusätzlich erschwert werden!

Das Angebot der Sporthallen wurde in den vergangenen Jahren immer stärker reduziert. Die BfS fordert aus diesem Grund, die Sporthallen an den bisherigen Hauptschul-Standorten unbedingt für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Auch in Zeiten rigider Sparmaßnahmen spricht sich die BfS nach wie vor für das von der BfS entwickelte Bäderkonzept aus. Es ist sozial-, finanz- und umweltpolitisch durchdacht. Das BfS-Bäderkonzept sieht eine dringend notwendige Attraktivierung und Sanierung des Hallenbades Vogelsang als familienfreundliches und behindertengerechtes Bad vor und den Umbau des Freibads Heide in ein Naturbad. Die Erweiterung des Klingenbades um ein Nichtschwimmer-Becken, welches die BfS außerdem in ihrem Bäderkonzept fordert, ist bereits umgesetzt worden.

Die BfS spricht sich zusätzlich weiter vehement gegen eine erneute Erhöhung der Hallennutzungsgebühr für Vereine aus! Behindertensportvereine sollen in ihrem Engagement außerdem durch eine Senkung der Sportstättegebühr unterstützt werden. Die Sportvereine sind für viele Menschen oft die einzige Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen und etwas für ihre Gesundheit zu tun. Sie leisten wichtige Arbeit und übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere der Gesundheitsvorsorge und -förderung. Aus diesem Grund sollte der Breiten-, Spitzen- und Vereinssport künftig stärker gefördert werden. Hierfür sollte die Stadt ein verlässlicher Partner sein und auf weitere Gebührenerhöhungen oder andere Belastungen verzichten. Die Preise sollten so gering wie möglich gehalten werden.

## **Schule & Bildung**

Der demografische Wandel unserer Gesellschaft ist in vollem Gange und stellt uns alle vor sehr große Herausforderungen. Die Zahl der Schüler wird immer mehr abnehmen. Ziel muss es sein, trotz dieser Entwicklungen Schulstandorte zu erhalten, um so die Schülerzahlen pro Klasse zu reduzieren. Nur dies führt zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und zu effizienterem Lernen.

Schule muss einen Raum friedlichen Miteinanders und Lernens bieten. Es gilt für alle Beteiligten, Gewalt und Mobbing (persönliches Mobbing und Cyber-Mobbing) zu unterbinden. Die Stadt Solingen muss hier als Schulträger die nötige Unterstützung beisteuern, um alle Schüler zu schützen. Das Einbinden von Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Schüler-Streitschlichtern wären geeignete Maßnahmen.

Der Sanierungsstau Solinger Schulen muss dringend abgebaut werden. Hier müssen gleichermaßen die Grundschulen, wie auch der Bereich der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II sowie die Berufskollegs und Förderschulen berücksichtigt werden.

Die BfS setzt sich dafür ein, dass alle Schüler gleiche Chancen im Bildungssystem haben – ganz gleich, woher sie stammen oder welchen sozialen Hintergrund sie haben. Alle Schüler sollen gleichermaßen gefördert und gefordert werden. Hierzu gehören neben den Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichstem Förderbedarf auch die Schüler, die über eine überdurchschnittlich hohe Begabung verfügen.

Die BfS will den Elternwillen bei der Wahl der Grundschule und der weiterführenden Schule berücksichtigen. Zusätzlich sollten aber weitere Maßstäbe bei der Schulwahl hinzugezogen werden. Die Förderschulen und Berufskollegs müssen hier ebenfalls mitbetrachtet werden.

Eine Möglichkeit, die Grundschüler bei der Orientierung und einem guten Start in ihren weiteren Bildungsweg zu unterstützen, sind frühzeitige Beratungsgespräche. Die BfS schlägt vor, diese in Grundschulen ab dem zweiten Klassenhalbjahr des dritten Grundschuljahres zwischen Eltern, Schülern und Lehrern einzuführen. Dies trägt dazu bei, die individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Schüler realistisch einzuordnen.

Außerdem sollen Schüler die Möglichkeit bekommen, verschiedene weiterführende Schulformen in Schnupperterminen kennenzulernen. Dieses Konzept läuft bereits seit Jahren erfolgreich in Städten wie Hamburg und Berlin.

Die BfS setzt sich zusätzlich für das Angebot von sprachbezogenen Förderkursen für Kinder und Eltern ein. Diese Kurse verbessern die Sprachfähigkeit und den Ausdruck und sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg schulischer und beruflicher Bildung. Sie ermöglichen Kindern eine positive Ausgangssituation und sollten, wenn möglich, bereits im Kindergarten beginnen.

Zu den Vorschlägen der BfS zählt darüber hinaus ein Konzept für die Betreuungssituation in den Schulen. In Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern und ehrenamtlichen Kräften sollen Schülern und Eltern Gesprächsangebote offeriert werden. Hier kann es zum Beispiel darum gehen, Alternativen für die Freizeitgestaltung aufzuzeigen oder Eltern bei Problemen mit ihren Kindern zur Seite zu stehen. Ebenso kann die Nichtanwesenheit von Kindern in der Schule in diesen Gesprächen thematisiert werden.

Bereits in der Schule sollen gemeinsame Veranstaltungen Kinder und Jugendliche zu persönlichem Engagement anregen. Denkbare Alternativen sind zahlreich, etwa Sportveranstaltungen, Konzerte oder Aktionen wie Säubern von Spielplätzen etc. Die Schüler sollen ebenfalls die Möglichkeit bekommen, eigene Vorschläge einzubringen. Dies kann schon früh ein Bewusstsein für ein Miteinander in der Gesellschaft und für eigenes Engagement schaffen.

Die BfS bekennt sich ausdrücklich zur Inklusion. Integrativer Unterricht, bei dem behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, muss auf die Sekundarstufe I und II flächendeckend ausgeweitet werden, um die Gleichbehandlung und Integration von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Inklusion muss schulformübergreifend fest im Bildungssystem verankert werden. Dem ausdrücklichen Willen der Eltern nach Beschulung auf einer Förderschule muss die Politik folgen. Für den Erhalt der Schulform „Förderschule“ setzt sich die BfS trotz der Inklusion ein.

Der Übergang von Schule in Beruf und Ausbildung muss weiter vorangetrieben werden. Die Verzahnung von Wirtschaftsförderung, IHK und schulischen Angeboten gilt es von städtischer Seite noch zu intensivieren. Die städtischen (Eigen-)Betriebe müssen als Ausbildungsunternehmen bei der Versorgung Solinger Schulabsolventen eine besondere Rolle einnehmen. Die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss soll weiter reduziert werden und vielen Absolventen in Solingen in Kooperation mit der Solinger Wirtschaft einen Einstieg in das Berufsleben ermöglicht werden.

**Solingen muss Schul- und Bildungsstandort werden!**

## **Bezirksvertretungen**

Die Bezirksvertretungen sind ein wichtiges Mittel, um Bürgernähe herzustellen und die Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungen einzubinden bzw. zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretungen sind wichtige Vermittler des Bürgerwillens und sollten politisch ernst genommen werden. Die Arbeit der Bezirksvertretungen und ihre Entscheidungen sollten berücksichtigt werden und nicht durch die Fachausschüsse „einkassiert“ werden. Kompetenzen und Entscheidungsgewalt der Bezirksvertretungen sollten noch vergrößert werden. Zusätzlich muss die Absprache zwischen den Bezirksvertretungen weiter optimiert werden, um im Vorfeld Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen zu klären bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Die Möglichkeit der direkten Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger muss nach Meinung der BfS noch weiter verstärkt werden, die Bezirksvertretungen noch stärker in Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern treten.

Die Bezirksvertreterinnen und –vertreter der BfS sind vor Ort die ersten Ansprechpartner für politische Fragen und Probleme im jeweiligen Stadtbezirk. Hier können die Bürgerinnen und Bürger Themen direkt kommunizieren. Der BfS ist es dadurch möglich, sich ein umfassendes Bild zu machen und direkt anzusetzen bzw. Hilfestellung zu geben, Aufklärung zu leisten usw. Daher sollten die Bezirksvertretungen in der jetzigen Anzahl weitergeführt und nicht zusammengelegt werden; eine weitere Zusammenlegung würde auf lange Sicht ausschließlich Nachteile mit sich bringen, wie uneffizienteres Arbeiten, längere Sitzungen bis in die späten Abendstunden, höhere Kosten usw.

## **Kinder & Jugendliche**

Die BfS legt besonderen Wert auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Respektierung ihrer Wünsche – Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und müssen daher unterstützt werden. Auch ihre Vorstellungen sollten wir in der politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit einer verbesserten und koordinierten frühkindlichen Förderung soll mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt erreicht werden.

Gegen eine weitere Reduzierung der Angebote speziell für Jugendliche spricht sich die BfS ganz eindeutig aus; die Stadt Solingen muss den Zugang zu Kultur-, Sport-, Freizeit- und Bildungsangeboten für Jugendliche weiter gewährleisten und bezahlbar halten. Auch so bleibt eine Stadt für junge Generationen abwechslungsreich und attraktiv.

Um Jugendlichen einen optimalen Berufseinstieg zu ermöglichen, muss die Stadt Solingen stärker eine vermittelnde Rolle beim Übergang von Schule und Beruf einnehmen, zum Beispiel durch die Gründung eines Vereins zur Verzahnung von Wirtschaft und Schule, der beiden Seiten die Möglichkeit zum Austausch und zur Kooperation bietet. Durch solche Kooperationen kann vielen Jugendlichen die Berufswahl bzw. der Wechsel in den Beruf erleichtert werden, um so auch der Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit mit adäquaten Maßnahmen zu begegnen. Eine stärkere Förderung der Berufskollegs, denen in diesem Punkt eine ähnliche Vermittlerposition zufällt, sollte hier ebenso angestrebt werden.



Im politischen Bereich muss der Jugendstadtrat viel stärker als bislang eingebunden werden. Entscheidungen, die die Jugendlichen direkt betreffen, sollten auch dem Jugendstadtrat vorgelegt werden, um so die Möglichkeit einer Positionierung der Jugendlichen zu gewährleisten. Entscheidungen des Jugendstadtrates sollten außerdem stärker respektiert und in der politischen Arbeit berücksichtigt werden. Nur so kann Politik die Bedürfnisse der Jugendlichen erfahren und sich an diesen orientieren, anstatt sich über bestehende Wünsche hinwegzusetzen.

### **Familien in Solingen**

Familienförderung nimmt für die BfS einen hohen Stellenwert ein; die Familie vermittelt Werte und Normen und bietet unter entsprechenden Voraussetzungen die besten Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder.

Solingen muss für Familien attraktiv bleiben bzw. werden, um den Zuzug von Familien zu fördern. Dazu zählt etwa ein dem Bedarf angemessenes Betreuungsangebot für Kinder unter und über drei Jahren, um berufstätigen und alleinerziehenden Eltern eine wichtige Stütze zu bieten. Der Ausbau von Kindertagesstätten muss vorangetrieben werden.

Jede politische Entscheidung, die Einfluss auf Kinder bzw. Familien nimmt, muss auf ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit überprüft werden. Der Zugang zu Freizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und zu einem vielfältigen Vereinsleben sollte daher nicht weiter durch Gebührenerhöhungen etc. erschwert werden. Auch eine „Familien-Karte“ für die Stadt Solingen kann zu einer Verbesserung der Situation von Familien und zur Attraktivierung der Stadt für Familien beitragen, ebenso wie eine Senkung der Elternfreibeträge (etwa für Kindergärten, offene Ganztagsgrundschulen, etc.). Dies führt zu einer Entspannung der finanziellen Situation von Familien.

Die Stadt Solingen muss sich als zuverlässiger und kompetenter Partner für Familien positionieren und auch bei der Erziehung mit Hilfe und Rat zur Seite stehen. Darüber hinaus begrüßt die BfS die Eröffnung von Betriebskindergärten bzw. Kooperationen von Betrieben mit bereits ansässigen Kindergärten. Die Stadt Solingen als Wirtschaftsstandort zu stärken und für Familien attraktiv zu gestalten, lässt sich zusätzlich über eine familienfreundliche Politik, die familienfreundliche Arbeitsplätze schafft, realisieren.

„Frühe Hilfen“ sollen durch den Aufbau stützender Netzwerke für Familien in ihrem erreichbaren Umfeld angeboten werden. Diese Netzwerke sollen städtische und freigemeinnützige psychosoziale sowie gesundheitsfördernde Angebote für Familien umfassen („Dormgener Modell“).

Die BfS schlägt als Maßnahme der Familienförderung außerdem vor, Familien baureife Grundstücke aus dem eigenen Bestand der Stadt Solingen anzubieten.

Unsere Stadt ist eine der sichersten in ganz Deutschland. Diesen Status zu erhalten und weiter auszubauen ist unser großes Anliegen.

## **Finanzen unserer Stadt**

Die desolante Haushaltslage Solingens erfordert eine unverzügliche Bemühung der Stadt um Hilfe vom Land, Bund bzw. aus Europa; ein ausgeglichener Haushalt ist nach wie vor langfristig erstrebenswert, jedoch ist den Bürgerinnen und Bürgern in der Vergangenheit bereits viel zugemutet worden. Eine Erhöhung von Steuern oder Gebühren soll aus diesem Grund nach Meinung der BfS nicht mehr erfolgen. Stattdessen muss eine Gemeindefinanzreform im Sinne der Stadt Solingen im Städtetag weiter forciert werden, um die Zuweisungen aus dem Land NRW und aus dem Bund zu erhöhen.

Eine weitere Steigerung der Einnahmen zum Beispiel aus der Gewerbesteuer soll durch einen Ausbau des Wirtschaftsstandorts Solingen für ansiedlungswillige Firmen und Unternehmen herbeigeführt werden. Hier sollte eine innovative und kreative Wirtschaftsförderung mit neuen und alternativen Konzepten ansetzen. Dazu ist auch eine durchdachte und zukunftssichere Verkehrsanbindung an den überregionalen Fernverkehr nach wie vor von großer Wichtigkeit.

Hinsichtlich der desolaten finanziellen Situation ist ein Dialog mit allen anderen demokratischen Fraktionen zwingend notwendig. Die künftigen Entscheidungen bezüglich der Finanzen der Stadt dürfen nicht mehr in Alleingängen vollzogen werden.

Auch auf Betreiben der BfS sind die Bürgerinnen und Bürger ab dem Jahr 2010 stärker in die Planungen zur Haushaltskonsolidierung eingebunden worden. Es wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren realisiert, bei dem die Solingerinnen und Solinger online Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung machen konnten. Das eigentliche Ziel der BfS ist jedoch ein echter Bürgerhaushalt, um die Bürgerinnen und Bürger noch stärker an Entscheidungen über die Finanzen der Stadt Solingen zu beteiligen.

Weitere Einsparungen können durch unterschiedliche Maßnahmen erzielt werden, zum Beispiel durch weitere kommunale Kooperationen auch mit Städten und Gemeinden der Rheinschiene (Hilden, Langenfeld, Leichlingen, etc.). Ebenso der Abbau hochbezahlter Führungspositionen auf der Verwaltungsebene und die Neuverteilung der entsprechenden Aufgaben können zu Einsparungen beitragen. Die BfS befürwortet, dass die Aufgaben der gegenwärtig nicht besetzten Dezernentenstelle weiter bei den restlichen Dezernenten verbleiben und die Stelle des vierten Dezernenten nicht nachbesetzt wird. Mittelfristig fordert die BfS die endgültige Streichung der vierten Dezernentenstelle aus dem Verwaltungsplan.

Mit der BfS wird es keinen weiteren Verkauf oder Teilverkauf städtischer Betriebe oder Einrichtungen (etwa städtische Altenheime, städtisches Klinikum, Stadt-Sparkasse Solingen und weitere Beteiligungen der Stadt) geben. Nicht in jedem Fall ist der Weg „Privat vor Staat“ eine bessere Lösung.

Ebenfalls schließt die BfS eine spekulative Anlage städtischen Vermögens aus; lediglich eine Anlage zu einem kalkulierbaren Zins bzw. eine Schuldentilgung aus Barvermögen ist vertretbar.

Durch eine Neuorganisation der Beteiligungsgesellschaft der Stadt und durch den Aufbau neuer Strukturen kann die Anzahl der Geschäftsführer verringert werden, um auf diese Weise eine Kostensenkung möglich zu machen.

### **Wirtschaft & Arbeit in Solingen**

Die BfS sieht die Stärkung der Solinger Wirtschaft als wesentliche Grundlage eines vernünftigen Lebensstandards Solinger Bürgerinnen und Bürger. Die Schaffung bzw. der Ausbau von Arbeitsplätzen muss eine der vordringlichen Aufgaben der Zukunft sein. Potenziellen Investoren muss die Verwaltung signalisieren, dass sie in Solingen mit offenen Armen aufgenommen werden. Die BfS wird aber auch darauf achten, dass gewerbliche Ansiedlungen nicht zu einer erheblichen Belastung für die Bevölkerung werden. Ebenfalls wird die BfS darauf achten, dass Industriegebiete stets umweltverträglich sind.

### **Kommunen an die Macht**

In NRW muss eine zweite Kammer ähnlich dem Bundesrat eingeführt werden. Darin sollten alle Städte und Gemeinden indirekt vertreten sein, ausgestattet mit einem Vetorecht für Gesetze des Landes, welche zur Umsetzung Kommunalverwaltungen und Kommunalfinzen beanspruchen. Lehnt die zweite Kammer ein Gesetz ab, muss ein Vermittlungsausschuss angerufen werden. Nur so kämen die Kommunen aus ihrer Rolle als Befehlsempfänger des Landes heraus.

### **Kulturgestaltung in Solingen**

Kultur als wichtiger Bestandteil gesellschaftlichen Lebens muss bezahlbar bleiben – für die Besucher ebenso wie für die Stadt Solingen. Daher steht die BfS nötigen Veränderungen im Kulturbereich offen gegenüber; wir sind uns aber darüber hinaus der Tatsache und der Verantwortung bewusst, dass sich eine Gesellschaft auch über Kultur definiert.

Die BfS steht zu den Bergischen Symphonikern und wird versuchen, dass das Orchesterangebot in den nächsten Jahren in vollem Umfang erhalten bleibt. In diesem Bereich kann durch Kooperationen, zum Beispiel Nutzung von Synergieeffekten durch Zusammenarbeit von Orchester und Musikschule im Hinblick auf Kostenersparnisse bzw. Einnahmesteigerungen viel erreicht werden. Die BfS begrüßt außerdem ausdrücklich die Gründung einer Stiftung Bergische Symphoniker. Durch diese Stiftung kann der Erhalt des Orchesters für die Zukunft gesichert werden. Hier sollen zusätzlich weitere Sponsoren gefunden werden.

## **Umwelt & Energieerzeugung**

Der Schutz unserer Umwelt bzw. ihre Entlastung ist für die BfS von großem Stellenwert – eine Förderung des aktiven Umweltschutzes ist aus diesem Grund ein Grundgedanke, dem die BfS folgt. Eine Entlastung erreicht man etwa durch die Etablierung erneuerbarer Energien und einen Prozess des Umdenkens in der Energienutzung.

Die geplante Errichtung einiger Windräder im Rahmen eines Windparks sowie die angeschlossene Umwelt- und Umfeldprüfung begleitet die BfS konstruktiv.

Zusätzlich kann der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen und Energien zur Schonung der Umwelt beitragen. Die Stadt Solingen sollte durch Einsparungen hinsichtlich des Strom-, Wasser-, Gas- und Ölverbrauchs aktiv die Entlastung der Umwelt unterstützen. Auf diese Weise kann sie ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Vorbild sein und den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur veranschaulichen.

Neben dem von der BfS konzipierten Aufbau einer Bürger-Energiegenossenschaft als Beteiligung an den Stadtwerken Solingen sind weitere Optionen im Rahmen der Energieerzeugung weiter zu verfolgen.

Um auch zukünftig günstige Strom- und Fernwärmeerzeugung in Solingen zu sichern, fordert die BfS die weitere Betreuung des Müllheizkraftwerks mit optimaler Abgasreinigung. So können auch die Preise für Müllentsorgung stabilisiert werden.

Eine zusätzliche Erweiterung der Stromerzeugung aus der Wasserkraft der Wupper ist aus ökologischen Gründen nicht möglich. Daher müssen zum Beispiel die Erzeugung von Strom aus Solarenergie entgegen der aktuellen Reduzierung der Subventionen für Solarenergie und der Ausbau der Stromeigenerzeugung durch Blockkraftheizwerke unterstützt werden. Zusätzlich sollen Beteiligungsmöglichkeiten an der regenerierten Erzeugung von Strom aus Wind und Wasser, möglichst im regionalen Umfeld, eruiert werden.

## **Stadtplanung & Verkehr**

Besonders der Bereich des Verkehrswesens ist für den Schutz der Umwelt von großer Bedeutung; viele der von der BfS empfohlenen Maßnahmen würden die Umwelt erheblich entlasten.

Die BfS befürwortet nach wie vor die Planung bzw. Umsetzung von Kreisverkehren als Alternative zu bestehenden oder geplanten Ampelanlagen; die Fließgeschwindigkeit des Verkehrs wird durch Kreisverkehre nachweislich erhöht, die Wartezeit wird für Autofahrer verkürzt, die Umwelt wird weniger belastet. Auch die Einrichtung von Zebrastreifen anstelle von Ampelanlagen soll zügig vorangetrieben werden.

Den Nahverkehrsplan 2013 hat die BfS konstruktiv mitgestaltet. Wir befürworten weiterhin O-Busse als Premiumangebot mit ökologischer Stromversorgung.

Eine Anbindung an den überregionalen Fernverkehr brächte nicht nur eine Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Solingen mit sich, sondern würde parallel das

Verkehrsaufkommen in der Stadt entlasten und den Schwerlastverkehr deutlich reduzieren. Kürzere Wege sind ein weiterer ökonomischer Vorteil. Ebenfalls positiv für den Wirtschaftsstandort Solingen ist die Erschließung und Vermittlung weiterer Solinger Gewerbegebiete an ansiedlungswillige Unternehmen.

Eine bessere Anbindung der Stadt an das Linien-Netz der Deutschen Bahn ( insbes. ICE- und IC-Verbindungen) am Hauptbahnhof ist ebenfalls erstrebenswert, ebenso wie die Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Busverkehrs auch in Außenbezirken, am Wochenende und in den frühen Morgenstunden. Die im Nahverkehrsplan 2013 festgelegte Erreichbarkeit (6.00 Uhr bis 22.00 Uhr), von Arbeitsstelle und Wohnung mit dem ÖPNV in Solingen ist für die BfS nicht erneut verhandelbar. Einer Taktreduzierung oder einer zusätzlichen Ausdünnung des Liniennetzes stimmt die BfS nicht zu.

Das Ziel der BfS ist es, die Substanz der Solinger Straßen grundsätzlich zu verbessern.

### **Tourismus in Solingen**

Wir haben um uns herum eine reizvolle Landschaft, historische Plätze und moderne Kunst, wir vereinen Tradition mit Fortschritt. Genau das ist es, was Menschen in diese Region lockt. Wir müssen uns auf diese Vorteile stärker besinnen und unsere Bemühungen intensivieren, die Vielfalt unserer Region als Eckpunkte des Tourismus in die Lande zu tragen. Das zieht Besucher in unsere Stadt, fördert Wirtschaft und Einnahmen und belebt unsere Innenstadt und die Neben-Centren.

Der Tourismus soll in den nächsten Jahren mit der Bergischen Entwicklungsagentur (BEA) ausgebaut werden. Hauptaugenmerk ist hierbei auf die Tourismuszentren – wie zum Beispiel Müngsten, Burg und Gräfrath – zu richten. Gerade diese historisch interessanten Plätze sind in das Stadtbild integriert und durch den ÖPNV komplett erschlossen. Die Freizeitlinie der SWS, die in den Sommermonaten touristische Highlights im Stadtgebiet anfährt, soll unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgebaut werden. Die Belebung des historischen Stadtteils Burg und eine stärkere Anbindung an die Innenstadt ist eines der Ziele der BfS.

Aber auch der weitere Ausbau und die Attraktivierung der Korkenzieher-Trasse, etwa durch den Anschluss an die Wanderwege der Nachbarstädte wie zum Beispiel die Werkzeugtrasse und die Sambatrasse, will die BfS weiter verfolgen. Hierzu zählt ebenfalls eine weitergehende Beleuchtung und Beschilderung – das macht Solingen als Tourismusstandort interessant.

### **Solinger für Solingen**

Solingen lebt von dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. In zahlreichen Bereichen sind Solingerinnen und Solinger engagiert - sei es in sozialen Bereichen, im Umweltschutz, im Brauchtum, in kirchlichen Bereichen, in Initiativen oder in der Politik. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist eine wichtige Stütze der bürgerlichen Gemeinschaft in Solingen. Es ist gewünscht, ist gewollt und wird wertgeschätzt.

Die Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS) setzt sich für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in allen Bereichen ein. Sie sorgt für entsprechende Austauschmöglichkeiten, eine vernünftige Wertschätzung und Unterstützung aller bürgerschaftlich Engagierten und Interessierten in unserer Stadt.

**Bürgertelefon: 0212- 221 41 81**

**....“weil ich Solingen l(i)ebe!“**